

01.10.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Woche der seelischen Gesundheit: Arbeit darf nicht krank machen!

I. Ausgangslage

Seelische Gesundheit geht uns alle an! Vom 10. bis zum 20. Oktober 2024 findet die Woche der seelischen Gesundheit statt. Sie macht darauf aufmerksam, dass viele Menschen unter hoher seelischer Belastung leiden. Dieses Jahr dreht sich die Woche der seelischen Gesundheit insbesondere um den Arbeitsplatz. Das Motto lautet: „Hand in Hand für seelische Gesundheit am Arbeitsplatz“.

Wer in NRW arbeitet darf nicht krank werden. Hohe Arbeitsbelastung oder Stress am Arbeitsplatz sind nur wenige Beispiele für Krankheitsmacher. Arbeitende Menschen müssen oft neben ihrer Arbeit die Familie versorgen, sich um Angehörige kümmern oder die Kinder erziehen. Das sind vielfältige Herausforderungen. Dass der Arbeitsplatz zusätzlich seelische Erkrankungen hervorrufen kann, muss beendet werden.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie die Landesregierung dazu beitragen kann, dass der Arbeitsplatz ein Umfeld wird, an dem sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohl fühlen. Das ist nicht nur für die Beschäftigten gut, sondern volkswirtschaftlich sinnvoll. Denn nur gesunde Menschen können gute Arbeit liefern. Die Zahlen sprechen Bände: rund 15 Prozent aller Fehltag gehen auf seelische Erkrankungen zurück. Insbesondere die Krankheitsdauer bei seelischen Erkrankungen ist auffallend: Die durchschnittliche Krankheitsdauer liegt mit 36 Tagen dreimal so hoch wie bei anderen Erkrankungen.¹

Was kann helfen? Ziel muss sein, dass Menschen gar nicht erst durch ihre Arbeit krank werden. Es braucht Präventionskonzepte, die einen gesunden Arbeitsplatz ermöglichen. Hier sind insbesondere auch die Unternehmen in der Pflicht, entsprechende Angebote und Beratung zu ermöglichen. Die Landesregierung muss die entsprechenden Initiativen endlich starten und ihre Untätigkeit beenden!

Die Landesregierung trägt große Verantwortung. Sie hat an den meisten Stellen Handlungskompetenzen. Der Landespsychiatrieplan wird aber nicht umgesetzt. In einem Bericht für den Gesundheitsausschuss (Vorlage 18/1122) bestätigt die Landesregierung diese Erkenntnis. Wenn die Landesregierung nicht einmal ihre eigenen Pläne umsetzt, dann bleibt fraglich, ob die seelische Gesundheit der Menschen in unserem Land für Ministerpräsident Wüst überhaupt eine Rolle spielt.

¹ <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheits-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz>

Als SPD-Fraktion wissen wir, was die Menschen an ihrem Arbeitsplatz leisten. Deswegen wollen wir genau dort ansetzen: Gesund am Arbeitsplatz statt krank zuhause. Dafür braucht es jetzt Initiativen statt Stillstand. Die Landesregierung ist jetzt gefordert!

II. Der Landtag stellt fest, dass

- der Arbeitsplatz nicht krank machen darf und hart arbeitenden Menschen ein gesundes Arbeitsumfeld ermöglicht werden muss,
- insbesondere seelische Erkrankungen am Arbeitsplatz lange Krankheitstage verursachen,
- die Landesregierung jetzt handeln muss, um seelische Erkrankungen am Arbeitsplatz zu vermeiden und dafür zu sorgen, dass Menschen mit seelischer Erkrankung besser unterstützt und beraten werden.
- Seelische Erkrankungen sind die zweithäufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit.
- Jede zweite Frühberentung geht auf ein seelisches Leiden zurück.
- Die direkten und indirekten Kosten, die durch seelische Erkrankungen entstehen, betragen 5 % des Bruttoinlandsprodukts.
- Psychosoziale Risiken in der Arbeitswelt stärker priorisiert werden müssen.
- Seelische Erkrankungen müssen als Berufskrankheit anerkannt werden, z.B. eine posttraumatische Belastungsstörung bei Rettungssanitätern, Lokführer, Soldaten, Ärzte, Einsatzkräfte bei schweren Unglücken oder Katastrophen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Fokus bei seelischer Gesundheit auf berufstätige Familien zu legen und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen,
- die verpflichtende Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen mit seelischen arbeitsbedingten Belastungen systematisch in den Betrieben in NRW zu evaluieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten,
- eine Bundesratsinitiative zu starten, die Sanktionen bei Vernachlässigung von Gefährdungsbeurteilungen zu verschärfen, z.B. durch Bußgelder und im äußersten Fall durch Freiheitsstrafen wie beispielsweise in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien oder Dänemark,
- präventive Maßnahmen auszuschöpfen, in dem gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern die Einbeziehung der seelischen Gesundheit sowie Maßnahmen zur Resilienzförderung strukturiert in das Betriebliche Gesundheitsmanagement flächendeckend aufgenommen werden,
- die Selbsthilfe, ihre Strukturen und insbesondere den besonderen Auftrag zur Entstigmatisierung seelischer Erkrankungen zu stärken,

- die Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention NRW“ mit Schwerpunkt seelische Gesundheit durch das Landeszentrum Gesundheit als zentrales Präventions- und Aufklärungsportal auszubauen und zu verstetigen, die Suchthilfe soll als Pflichtaufgabe in psychiatrischen Verbundstrukturen und in der Arbeitsmarktintegration aufgenommen werden.
- Fortbildungen zum Umgang mit seelischen Erkrankungen, insbesondere Suchterkrankungen in den Jobcentern zu integrieren und in Kooperation mit den freien Trägern zu finanzieren,
- eine Stärkung der Landeskoordinierungsstelle für berufliche und soziale Integration Suchtkranker in NRW muss auch finanziell unterstützt werden.
- die rechtlichen Grundlagen für eine landeseinheitliche Zulage für die Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitsdienst zu schaffen und die Refinanzierung mit dem Kommunen abzustimmen,
- gemeinsam mit Arbeitnehmervertretungen, Unternehmen und Krankenkassen eine Strategie zu entwickeln und präventive Unterstützungs- und Beratungsangebote zu ermöglichen,
- die Peer-Beratung mit dem Ausbau der unabhängigen Teilhabeberatung stärker zu fördern und in die Fläche zu bringen,
- die Teilhabe an Arbeit als zentralen Punkt in Hilfeplankonferenzen zu etablieren,
- die Handlungsempfehlungen des Landespsychiatrieplans endlich umzusetzen und mit den entsprechenden Akteurinnen und Akteuren Maßnahmen auf den Weg zu bringen.
- Das ICF-Konzept der medizinischen Rehabilitation soll im Bereich der seelischen Gesundheit eingeführt werden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Rodion Bakum

und Fraktion